Nummer 15 | Stuttgart, 10. April 1920 | 38. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Rich. Müller
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Das Gebot der Stunde

Die Betriebsräte sind nunmehr überall gewählt. Uns liegt noch kein umfassender Bericht über das Ergebnis der Wahlen vor. Die Ortsverwaltungen müssen sofort versuchen festzustellen, wie sich die gewählten Betriebsräte innerhalb der Metallindustrie auf die einzelnen Gewerkschaften verteilen, wo gemeinsame Wahlen der Arbeiter und Angestellten stattfanden und welcher politischen Richtung die Gewählten angehören. Soweit wir unterrichtet worden sind, ist die Parole des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, überall einheitliche Gewerkschaftslisten aufzustellen, nicht befolgt worden, sondern in sehr vielen Betrieben haben die politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft ihre Listen aufgestellt, sodaß wahrscheinlich auch ein Urteil über die Stärke dieser Richtungen ermöglicht wird.

Wir haben wiederholt auf die politische Tendenz des Gesetzes über Betriebsräte hingewiesen und alle Versuche, über diese Tendenz bei der Wahl der Betriebsräte hinwegzutäuschen, entschieden zurückgewiesen, deshalb mußten wir auch die Parole des A. D. G. B. bekämpfen, zumal uns dazu die Beschlüsse unserer letzten Verbandsgeneralversammlung verpflichteten. Unsere Haltung ist gerechtfertigt worden durch den Verlauf und das Ergebnis der Wahlen. Es hat sich auch hier gezeigt, daß Instanzenbeschlüsse wie die des A. D. G. B. scheitern müssen, wenn dadurch gewaltsam vorhandene, in der politischen und geistigen Konstellation der deutschen Arbeiterbewegung ruhende Gegensätze beseitigt werden sollen.

Leider ist durch die Parole des A. D. G. B. viel Verwirrung in die Gewerkschaften getragen worden. Wir hätten gewünscht, daß bei den Wahlen zu den Betriebsräten die politische Auffassung der Arbeiterschaft klar und scharf zum Ausdruck gebracht worden wäre. Daran hätte man am besten den politischen Reifegrad der deutschen Arbeiterschaft erkennen können. Das war um so notwendiger, da ja mittlerweile der Vorstand des A. D. G. B. die Gewerkschaften in die Regionen der hohen Politik eingeführt hat. Es ist gewiß eine bittere Ironie und beweist den Eiertanz gewisser Gewerkschaftsinstanzen, wenn der Vorstand der A. D. G. B. am 24. Februar in seinen Richtlinien die politische Neutralität der Gewerkschaften verkündete — allerdings nur, um dabei seine politische Auffassung durchzusetzen — und am 17. März dazu überging, die Zusammensetzung der Reichsregierung zu bestimmen.

Wir begrüßen es, wenn sich jetzt die deutschen Gewerkschaften politisch betätigen. Das haben wir immer gefordert, sind aber darum schwer angegriffen worden. Jetzt, wo es geschieht, geschieht es allerdings in einem solch hohen Maße und ohne Rücksicht auf die noch vorhandene geistige und politische Zerklüftung der in den Gewerkschaften organisierten Massen, daß wir vor einer Überspannung warnen müssen. Die Rüstungen der Reaktion und ihre Angriffe auf das Proletariat zwingen die Gewerkschaften, sich aktiv an der Abwehr zu beteiligen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß bei politischen Kämpfen das Ziel und die Formen des Kampfes in erster Linie bestimmt werden durch die politische Auffassung. Da wir gegenwärtig in den Gewerkschaften sehr verschiedene politische Auffassungen haben, werden diese nur schwer ein einheitliches Ziel und einheitliche Kampfesformen im politischen Kampfe finden. Wird auch hier durch Instanzenbeschlüsse gewaltsam etwas geschaffen, so kann das letzten Endes nur zu einer Erschütterung der Gewerkschaften führen, die vermieden werden muß.

Die jetzt gewählten Betriebsräte werden neben ihren wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Funktionen auch zu Trägern des politischen Kampfes werden. Nicht weil sie oder wir es wollen, sondern weil die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sie dazu zwingt. Die Kräfte und Gegenkräfte, die am 13. März durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch ausgelöst wurden, stehen noch im wechselseitigen Ringen. Zur Stunde läßt sich noch gar nicht übersehen, welchen Umfang die Auswirkung dieser Kräfte annehmen wird. Aber soviel läßt sich heute mit positiver Sicherheit sagen: es werden schwere wirtschaftliche Kämpfe folgen, die entweder sich zu politischen Kämpfen auswachsen oder von solchen begleitet werden. Da müssen sich die Gewerkschaften die Frage vorlegen, ob sie die Führung sowohl der wirtschaftlichen wie auch der politischen Kämpfe übernehmen können. Die Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften erwachsen, wenn sie die Führung der politischen Kämpfe übernehmen, haben wir bereits oben dargelegt. Wir glauben aber auch, daß die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe die Gewerkschaften so stark belasten und ihre Kräfte so in Anspruch nehmen, daß zur Führung der politischen Kämpfe nichts mehr übrig bleibt.

Den Gewerkschaften kann aber der Verlauf und die Führung der politischen Kämpfe nicht gleichgültig sein. Oft fließen wirtschaftliche und politische Kämpfe ineinander und außerdem werden die Gewerkschaften durch den Verlauf und den Ausgang der politischen Kämpfe direkt und indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Wir stehen heute vor ganz neuen Problemen, die aber schnell gelöst werden müssen. Hätten wir die einheitliche gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung vom Jahre 1906 und befänden wir uns noch in einem Stadium normaler Entwicklung wie damals, dann ließe sich das Mannheimer Abkommen vom Jahre 1906 als Grundlage verwenden. Heute stehen wir aber mitten in der proletarischen Revolution, mitten in den Entscheidungskämpfen zwischen Kapitalismus und Sozialismus und haben dabei eine politisch zerrissene Arbeiterschaft. Wollen wir die Schwierigkeiten beheben, so kann das nur geschehen, wenn wir die gegenwärtigen Verhältnisse nehmen wie sie sind und uns weder von engbegrenzten Gewerkschafts- noch von Parteiinteressen leiten lassen, sondern das große Ziel im Auge behalten und die bestehende Gewerkschafts- wie Parteiorganisation nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck ansehen

Die auf Grund des Gesetzes über Betriebsräte gewählten Betriebsräte sollten die soziale Revolution aufhalten und der Aufrichtung der kapitalistischen Produktion dienstbar gemacht werden. Die ihnen durch einen Wust von Paragraphen zugewiesenen Aufgaben stehen aber vorläufig nur auf dem Papier. Durch die durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch ausgelösten Kräfte ist die Grundlage des demokratischen Staates stark ins Wanken geraten, nicht zuletzt auch die Bestimmungen des Gesetzes über Betriebsräte. Die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird die Betriebsräte zwingen, ihre Aufgaben über den Rahmen des Gesetzes hinaus zu erweitern. Sie werden auch die Träger des politischen Kampfes werden müssen. Als Träger des politischen Kampfes müssen zwar nach den Grundsätzen des Rätesystems die politischen Arbeiterräte geschaffen werden. Dieses Prinzip bleibt auch bestehen. Aber im gegenwärtigen Ringen läßt es sich nicht sofort verwirklichen. Die Betriebsräte als Träger der Produktion, als Träger der wirtschaftlichen Kämpfe sind jetzt vorhanden, sie müssen vorläufig im politischen Kampfe die Funktionen der politischen Arbeiterräte mit übernehmen solange, bis die Wahl politischer Arbeiterräte möglich ist, was immerhin, wenn ein brauchbarer und aktionsfähiger Arbeiterrat zustande kommen soll, nur nach einer gewissen Vorarbeit möglich ist. Nehmen politische Kämpfe Formen an und wirken sie sich soweit aus wie jetzt im Rheinland und Westfalen, dann bringen die Verhältnisse sehr schnell auch einen politischen Arbeiterrat zustande, der aber, auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt, keine tragfähige Grundlage hat.

Die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe darf nur in den Händen der Gewerkschaften liegen. Bilden sich hier oder da politische Arbeiterräte ohne genügende Vorbereitung und leiten diese selbständig wirtschaftliche Kämpfe ein oder greifen sie in schwebende wirtschaftliche Kämpfe ein, dann muß das mit einer Niederlage der politischen Arbeiterräte enden und außerdem mit einer schweren Belastung der Gewerkschaften wie auch der an den Kämpfen beteiligten Personen.

Beachten wir die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und erkennen wir die volle Schwere der kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, dann müssen wir unter Berücksichtigung der gegenwärtigen geistigen und politischen Konstellation der deutschen Arbeiterbewegung entscheiden, welche Organisationen die wirtschaftlichen und welche die politischen Kämpfe führen müssen und wie sich diese Organisationen gegenseitig zu ergänzen und zu verständigen haben.

Die Gewerkschaften führen die wirtschaftlichen Kämpfe. Dazu bedarf es einer straffen Zusammenfassung der Betriebsräte. Die zurzeit bestehende Zersplitterung der deutschen Gewerkschaften in kleine Branchen- und Berufsverbände muß beseitigt werden. Nur große, ganze Industrie-, Handels- und Verkehrszweige erfassende Verbände können wirksam die kommenden Kämpfe führen. In diesen Verbänden müssen die Hand- und Kopfarbeiter vereinigt sein. Unsere Organisation hat alle Veranlassung, die von der letzten Verbandsgeneralversammlung aufgestellten Grundsätze möglichst schnell zu verwirklichen und darf nicht länger Rücksicht auf Sonderinteressen anderer Organisationen nehmen. Nachdem überall in der Metallindustrie die Betriebsräte gewählt worden sind, wird sich deren Vereinigung in unserer Organisation leichter durchführen lassen. Was für die Metallindustrie gilt, das gilt auch für die anderen Industriezweige.

Die Betriebsräte aller Industrie-, Handels- und Verkehrszweige müssen örtlich und nach Wirtschaftsbezirken zu einem provisorischen politischen Arbeiterrat zusammengefaßt werden, damit aus ihnen eine Körperschaft gewählt werden kann, die bei politischen Kämpfen entscheidend mitwirkt. Dabei wird je nach den Verhältnissen das Vertretersystem angewandt werden müssen, da sonst diese Körperschaft zu groß sein würde. Ist das Vertretersystem notwendig, so muß die Wahl der Vertreter nach dem Verhältniswahlsystem erfolgen, damit jede politische Richtung ihrer Stärke entsprechend vertreten ist. Diese Körperschaft hat dann den Aktionsausschuß zu wählen.

Die Führung der politischen Kämpfe liegt bei den politischen Parteien. Aber was sind diese Parteien ohne einen Rückhalt in den Betrieben? Keine Partei kann den politischen Massenstreik wirksam entfalten, wenn nicht diejenigen, die als Vertrauensleute der Arbeiterschaft im Betriebe stehen, dabei mitwirken. Sollen sie das, dann müssen sie auch zur Beratung und Entscheidung zugezogen werden, ja gerade sie müssen die Entscheidung treffen und dürfen es nicht den Instanzen überlassen. Die politischen Parteien sind heute organisatorisch territorial aufgebaut. Die bestehende Parteiorganisation wird zum Teil ausgeschaltet und ihre Träger werden mit dieser Neuregelung nicht einverstanden sein. Aber kann und darf auf Überlebtes Rücksicht genommen werden, wenn die Not der Stunde Neues gebietet?

Die örtlichen und zentralen Parteileitungen müssen allerdings in der Vertreterversammlung der Betriebsräte wie auch im Aktionsausschuß vertreten sein. Hier wird sich die Kooptation empfehlen. Dasselbe gilt für die örtlichen und zentralen Leitungen der Gewerkschaften. Letztere können direkt wie auch indirekt durch politische Massenstreiks belastet werden. Man kann und darf sie deshalb nicht ausschließen.

Wir wissen, daß eine Umstellung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und eine zentrale Erfassung der Betriebsräte, wie wir sie fordern, auf heftigen Widerstand stößt, nicht zuletzt auch bei führenden Personen der Arbeiterbewegung. Die Verhältnisse werden sich stärker erweisen als der Wille einzelner Personen. Die Arbeiterschaft erkennt das Gebot der Stunde und wird darum sofort handeln müssen.

Der Mantelvertrag für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie

Unsere Brüder in Christo sind in Verlegenheit, weil der Mantelvertrag für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie nach mehr als halbjähriger Verhandlung noch nicht zum Abschluß gelangt ist. In einzelnen Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks geht man dazu über, in einer demagogischen Weise das ablehnende Verhalten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Agitation gegen unsere Organisation auszuschlachten, indem man den Arbeitern erklärt: „Wenn ihr dieses Jahr keine Ferien erhaltet, so könnt ihr das dem Deutschen Metallarbeiter-Verband danken usw.“ Es muß doch um das Agitationsmaterial der Christen gegen die freien Gewerkschaften schlecht bestellt sein, wenn sie sich ausgerechnet hierzu den Mantelvertrag für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe aussuchen. In einem Artikel Nr. 64 des „Volksfreund“, Zentrumsorgan für Hörde und Umgegend, wird ebenfalls zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Anstatt ihre Angriffe gegen das Unternehmertum zu richten und mit dafür zu sorgen, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften in ihrer Weltanschauung genau so behandelt werden wie die der übrigen Gewerkschaften, stärken sie hier dem Kapitalismus zur Maßregelung der im Sinne ihrer Weltanschauung handelnden freien Gewerkschafter den Rücken. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband schließt keine Tarife des Tarifs wegen ab, sondern wegen der in den Tarifen enthaltenen verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Mantelvertrag in seiner jetzigen Form sieht jedoch wenig derartiger Verbesserungen, zum Teil sogar noch Verschlechterungen gegenüber den in einzelnen Orten bestehenden Verhältnissen vor. Dieses haben nicht nur die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sondern auch solche des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkvereins H.-D eingesehen und bei der entscheidenden Abstimmung gegen die Unterzeichnung des Vertrages gestimmt. Es herrschte sogar Einmütigkeit darüber, daß der Vertrag in seiner bisherigen Fassung ohne wesentliche Verbesserung überhaupt unannehmbar ist. Das Bezeichnende jedoch ist, daß die Christen behaupten, Weimann vom Metallarbeiter-Verband habe es wegen seiner Stellung zur Maifeier und 9. November verschuldet, daß die Arbeiter heute noch nicht in den Genuß der im Mantelvertrag enthaltenen Rechte gelangten. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? In dem Urlaubsabkommen des Vertrages heißt es: „Feiern ohne genügende Entschuldigung wird auf den Urlaub angerechnet, und zwar ohne Entgelt. Bei Streiks, die ohne Zustimmung der Gewerkschaften ausbrechen, wird das Anrecht auf den Urlaub für das nächstfolgende Kalenderjahr verwirkt.“ Obwohl uns kein Urlaubsabkommen mit einem derartigen Passus bekannt ist, hat die vom Metallarbeiter-Verband einberufene Konferenz sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß sie, soweit das Fehlen ohne genügende Entschuldigung in Frage kommt, wenn es so ausgelegt wird, wie die Arbeitgeber und erklärt haben, keine Bedenken haben. Auch haben wir kein Interesse daran, wilden Putschen, die noch jedesmal zum Schaden der Arbeiterschaft und zur Stärkung des Kapitalismus ausgefallen sind, Rechnung zu tragen. Bei politischen Massenstreiks, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft handelt, wird uns auch noch die Urlaubsfrage hinderlich sein. Verliert die Arbeiterschaft in einem derartigen Kampfe, so kommt ohnehin die Reaktion, gewinnt sie, so wird sie auch nicht Halt machen vor diesen Fragen. Was wir aber nicht gutheißen können, ist, daß dieser Passus auch angewandt wird auf den 1. Mai und 9. November, und nach dieser Richtung hin hat der Kollege Weimann, nachdem er die nötigen Abänderungsvorschläge vorgetragen hatte, die Frage gestellt, ob das Feiern am 1. Mai und 9. November in dem Sinne des Urlaubsabkommens behandelt werden sollte. Die Unternehmer gaben daraufhin folgende Erklärung ab:

„Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat neben anderen sachlichen Abänderungsvorschlägen, zu denen wir uns unsere Stellungnahme noch ausdrücklich vorbehalten, das Verlangen gestellt, daß das Feiern am 1. Mai und 9. November ohne weiteres gestattet sein müsse, ohne daß daraus den Feiernden Nachteile in bezug auf den tariflichen Urlaub entstehen dürften. Diese Forderung, deren Annahme jene Tage den gesetzlichen Feiertagen gleichstellen würde und die aus Rücksicht auf die Betriebe und die übrigen in ihnen beschäftigten Arbeiter sich nicht durchführen lassen, ist für uns unannehmbar.“

Hätte der Metallarbeiter-Verband nach dieser Erklärung hin den Vertrag unterzeichnet, so bedeutete die Unterzeichnung die Zustimmung zur Maßregelung der Mitglieder seiner Organisation, wenn sie sich im Sinne ihrer Weltanschauung betätigen. Diese Zumutung mußte zurückgewiesen werden. Es ist dann auch nicht wahr, daß Weimann daraufhin erklärt hat, man würde sich den Abzug dieser Tage vom Urlaub gefallen lassen. Vielmehr hat er erklärt, daß er sich damit einverstanden erklärte, wenn nur der erste Satz des betreffenden Passus aufgenommen oder die Fassung aus dem Bergarbeitertarif, der ähnlich lautet, angenommen würde. Es war dann beabsichtigt, in einer protokollarischen Erklärung unsern Standpunkt niederzulegen. Die Unternehmer lehnten auch das ab und erklärten, daß die Bergarbeiter, die am 1. Mai feierten, ja als entlassen betrachtet werden könnten. Sie könnten dann neu eingestellt werden und hätten dann das nächstfolgende Jahr, weil noch nicht lange genug im Betrieb beschäftigt, keinen Anspruch auf Urlaub. Auf eine Anfrage hin erklärten die Arbeitgeber, daß sie die nichtgesetzlichen kirchlichen Feiertage genau so behandeln würden. Dieses scheint man den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes nicht mitgeteilt zu haben, oder ist man so fest davon überzeugt, daß die Erklärung der Unternehmer nur Theorie ist, in der Praxis aber nur gegen Sozialdemokraten angewandt wird? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man die Auslegung dessen, was ein Streik ohne Zustimmung der Gewerkschaften ist, schon den Gewerkschaften selbst und nicht den Arbeitgebern überlassen muß. Nach dieser Richtung bestehen für die Gewerkschaften bestimmte Richtlinien. Beschließt eine Belegschaft, nach diesen Richtlinien zu streiken, so ist dieses kein Streik im Sinne des Urlaubsabkommens. Dieses hat der Metallarbeiter-Verband den Unternehmern mitgeteilt auch in bezug auf die Feiertage, die auf Grund der Weltanschauung der Arbeiterschaft in Frage kommen (auch die christlichen nichtgesetzlichen Feiertage). Wir verlangen damit nur etwas ganz Selbstverständliches, nämlich, daß wir genau so behandelt werden, wie die Mitglieder der Christen an ihren nichtgesetzlichen Feiertagen bisher behandelt wurden, was ja eigentlich, wenn Worte einen Sinn haben sollen, nach der Erklärung der Arbeitgeber in Zukunft anders werden soll, indem auch diese Arbeiter in Zukunft im Urlaub benachteiligt werden sollen. Wenn der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes hierzu seine Zustimmung gibt, so mag er das mit seinem Gewissen vereinbaren und gegenüber seinen Mitgliedern verantworten, uns soll das keine Kopfschmerzen machen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird zu einer Maßregelung seiner Mitglieder und

auch solcher anderer Organisationen wegen ihrer Weltanschauung niemals seine Zustimmung geben. Hieraus ersieht die Arbeiterschaft, was von dem Agitationsstoff der Christen noch übrig bleibt. Wenn man glaubt, dadurch, daß man die Sache auf das persönliche Gebiet leitet, mehr Erfolg zu haben, so irren sich die Christen ganz gewaltig. Der Kollege Weimann hat, nachdem die Unternehmer an ihn die Frage richteten, ob er diese Haltung auch verantworten könne, ausdrücklich erklärt: „Ich bin hier nicht als Person, sondern als Vertreter meiner Organisation und übernehme für mein Handeln voll und ganz die Verantwortung.“ Hoffentlich ziehen die Arbeiter aus dem Verhalten der Christen ihre Lehre und sorgen durch die Stärkung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dafür, daß wenigstens die Stellung der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum eine geschlossene ist. Deshalb nochmals, denkt und handelt. Sollte der Abschluß des Tarifs noch ermöglicht werden, so werden wir an dieser Stelle darüber berichten.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zechenmetallarbeiter-Konferenz des D. M.-V. im Essen vom rheinisch-westfälischen Kohlengebiet

Von der Bezirksleitung wurde Bericht erstattet über das Überstundenabkommen mit der Regierung. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nur indirekt an diesem Abkommen beteiligt gewesen ist und keinen direkten Einfluß auf die Verhandlungen gehabt hat. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes hat erklärt, die Interessen der Übertagarbeiter und der Zechenhandwerker in derselben Weise wahrzunehmen wie die der anderen Arbeiterkategorien. Daß die Zechenmetallarbeiter durch dieses Abkommen wiederum gegenüber den Untertagarbeitern benachteiligt sind, muß wohl seinen Grund in unüberwindlichen Schwierigkeiten gehabt haben, denn die Übertagarbeiter der Bergarbeiterverbände sind in viel größerer Zahl durch dieses Abkommen benachteiligt als unsere Mitglieder.

Die Konferenz stand auf dem Standpunkt, daß es ein großes Unrecht sei, Überstunden mit verschiedenen Zuschlägen zu bewerten. Das Verhältnis zwischen Übertag- und Untertagarbeitern wird mit jedem Abkommen zuungunsten der Übertagarbeiter verschoben. Diesem muß endlich ein entschiedenes Halt zugerufen werden. Ebenfalls muß es als eine Umgehung der Bestimmungen, die mit der Regierung getroffen sind, bezeichnet werden, wenn Überstunden, die nicht an den zwei Tagen der Woche, an denen anderthalb gearbeitet wird, verfahren, nicht mit dem Zuschlag von 50 v. H. bedacht werden. In dem Abkommen heißt es: Die durch das Verfahren von Überschichten notwendigen Überstunden der anderen Arbeiterkategorien werden ebenfalls mit diesem Zuschlag bedacht. Nun ist es selbstverständlich, daß durch diese stärkere Inanspruchnahme des Werkes ein größerer Verschleiß bedingt wird und dadurch auch an anderen Tagen mehr Überstunden verfahren werden müssen. Es muß darauf gedrungen werden, daß die Übertagarbeiter monatlich bis zu vier Schichten mit demselben Überstundenzuschlag bezahlt werden wie die Untertagarbeiter. Ferner müssen alle Arbeiter an der Mehrbelieferung mit Lebensmitteln beteiligt werden. Es ist unsozial, wenn den gut bezahlten Arbeitern billige Lebensmittel geliefert werden und die schlecht bezahlten Arbeiter sich teure Lebensmittel aus dem freien Handel kaufen müssen.

Zu der Neurevidierung des Tarifvertrags setzte eine sehr scharfe Kritik darüber ein, daß die Metallarbeiter des Bergbaues mit ihren Löhnen weit hinter denen der Industrie zurückstehen. Während in der Metallindustrie die Löhne von Monat zu Monat aufgebessert werden, hinken die Metallarbeiter des Bergbaues immer um 1 bis 2 Monate hinter den anderen her. Von der Verbandsleitung war 1 ℳ Lohnerhöhung vorgeschlagen. Von vielen Rednern wurde dieses als zu minimal bezeichnet und die Verbandsleitung ersucht, alles anzuwenden, damit von dieser beantragten Erhöhung von 1 ℳ nicht noch etwas abgehandelt würde. Auch wurde wieder die bekannte Forderung von 90 v. H. des Hauerdurchschnittslohnes für Handwerker aufgestellt. Die Konferenz war sich darüber einig, daß diese Forderung praktisch nicht durchführbar sei. Auch die Anrechnung der Deputatkohle auf die Löhne wurde heftig kritisiert. Die Deputatkohle ist ein Privileg der Arbeiter des Bergbaues und darf nicht auf den Stundenlohn verkalkuliert werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Werke der Metallindustrie ihren Arbeitern auch billigere Kohlen liefern. Wenn die Kohlen auf den Lohn angerechnet werden, müßte den Arbeitern auch ein freies Verfügungsrecht über die Kohlen zustehen, oder es müßte ihnen für die Kohlen, die sie aus Sparsamkeit nicht nehmen, der angerechnete Preis ausgezahlt werden. Es sollen bei den neuen Verhandlungen die Ungerechtigkeiten des Überstundenabkommens ausgemerzt werden. Ebenso soll den anderen Wünschen der Kollegen in weitgehendstem Maße Rechnung getragen werden.

Bezüglich der Betriebsratswahlen stellte sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß die freien Gewerkschaften eine geschlossene Front gegenüber den Gegnern bilden und eine gemeinschaftliche Liste aufstellen müssen. Wenn eine zufriedenstellende Aufstellung der Kandidaten nicht erreicht werden kann, sollen die Kollegen sich mit den Verbandsleitungen in Verbindung setzen.

Zum Schluß wurde noch auf die Notwendigkeit einer Erhöhung unserer Verbandsbeiträge hingewiesen.

Vom Allgemeinen Arbeiterverband

Nachdem der größte Teil der Düsseldorfer und sonstigen Mitgliedschaft sich der syndikalistischen Freien Arbeiter-Union anschloß, hat sich der Rest der Mitglieder das Städtchen Hilden als Sitz des allgemeinen Verbandes auserkoren, wo das merkwürdige Organisationsgebilde etwa 1000 Anhänger zählt. Der frühere Düsseldorfer Angestellte Schlegel wurde von Hilden übernommen. Er liegt augenblicklich auf der Lauer, um zu erspähen, ob bei dem Solinger Streik kein Beute zu machen ist. Herr Schlegel wird sich verrechnen. Die Tage des Allgemeinen Arbeiterverbandes, der vorübergehend im Düsseldorfer Bezirk eine Rolle spielen konnte, sind gezählt. Auch in der Domäne Hilden sieht es bedenklich aus. Es bröckelt an allen Seiten und es wird nicht lange dauern, dann wird die Dreieinigkeit Droska-Wittwer-Jasper auf den Trümmern ihres Werkes Klagelieder anstimmen. Wer sind die jetzigen Macher des Allgemeinen Arbeiterverbandes, der sich ehedem nicht dick genug tun konnte ob seiner niedrigen Beiträge? Droska ist erst während des Krieges in der Hildener Arbeiterbewegung aufgetaucht und war früher nur als Spießbürger bekannt. Während der Revolutionstage schwang er sich zum Lenker und Leiter seiner Vaterstadt auf, und — wir erinnern hier an die Ausführungen des Kollegen Kronshage (Düsseldorf) in der öffentlichen Metallarbeiterversammlung im Kino. Seit seinem Abgang hat Herr Droska, übrigens ein selbständiger Schuhmachermeister, sein bestes Können eingesetzt, die Hildener Arbeiterschaft zu zersplittern. Und er tut es heute noch! Sein Kollege Wittwer ist seinerzeit vielleicht als einziger aus ehrlichen politischen Gründen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgetreten. Ging es seinem Fanatismus nach, so wären die letzten Führer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes längst aufgeknüpft. Sonst ist er wenig konsequent. Er bettelt die Arbeitsgemeinschaft um Aufnahme seines Verbandes an und sein Verband bekämpft auch die Arbeitsgemeinschaft. Er nennt sich „Kommunist“ und hat nicht den Mut, die U. S. P. von seiner Mitgliedschaft zu befreien. Der dritte im Bunde, Jasper nennt sich der Mann, ist kleiner Rentner und hat ebenfalls längst den Arbeitsrock abgestreift. Die Partei kennt ihn, weil er alle halbe Jahre seinen Austritt erklärt, um später wieder, wenn es ihm paßt, seine Aufnahme zu vollziehen. Es ist wirklich nicht schmeichelhaft für einen Teil der Hildener Arbeiterschaft, daß sie solchen Leuten Gefolgschaft leistet. Aber woher kommt's? Die niedrigen Beiträge! Die Billigkeit ist der Magnet, der auf harmlose, kurzsichtige Leute noch Eindruck macht. Mit seiner Billigkeit will der Allgemeine Arbeiterverband bezw. seine Macher die Welt erobern. Wenn Billigkeit Ramsch bedeutet, so trifft es in diesem Falle zu. —st.

Zwei Vorschläge zur Linderung der geistigen Not

In Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung ist klar und treffend die geistige Not der Verbandsbeamten geschildert worden. Für den Hauptvorstand entsteht hieraus als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart die Notwendigkeit, alle Mittel anzuwenden, dieser Not zu steuern.

Nicht mit Unrecht hat die Redaktion der M.-Z. unter dem Artikel des Kollegen Seyler die Anmerkung gemacht, daß als Folge der geschilderten geistigen Not ein großer Teil unserer Gewerkschaftsbeamten all den großen Zeitproblemen mit erschreckender Verständnislosigkeit gegenübersteht.

Fehlt es aber auf der einen Seite an tüchtigen, auch theoretisch gut ausgebildeten Beamten, so kann ganz selbstverständlich auch die Masse der uns jetzt zuströmenden Mitglieder nicht mit dem notwendigen geistigen Rüstzeug versehen werden, das zum Verständnis der großen sozialen Umwälzungen der Gegenwart die notwendige Voraussetzung bildet.

Auch der Stuttgarter Verbandstag war sich darüber im klaren, daß auf diesem Gebiete unbedingt etwas getan werden muß. Leider ist bis jetzt noch nicht zu ersehen, ob auf diesem Gebiete irgendwelche praktische Arbeit geleistet worden ist.

Was könnte in der Gegenwart an praktischer Arbeit in diesem Sinne getan werden?

Zunächst ist es unbedingt notwendig, daß sofort an die Herausgabe einer besonderen gewerkschaftlichen Korrespondenz für unsere Verbandsbeamten und Funktionäre gegangen wird. Daß das Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes dafür als Vorbild nicht in Frage kommt, bedarf für die auf dem Boden der Stuttgarter Beschlüsse stehenden Kollegen keiner näheren Auseinandersetzung. Da der mit praktischer Kleinarbeit überlastete Funktionär und Angestellte keine Zeit zum eingehenden Studium der politischen Tages- und Gewerkschaftspresse sowie Fachliteratur hat, muß er durch diese Korrespondenz auf allen für die revolutionäre, gewerkschaftliche Bewegung in Frage kommenden Gebieten auf dem laufenden gehalten werden. Einer eingehenden Darlegung über Inhalt und Zergliederung dieser revolutionären gewerkschaftlichen Korrespondenz bedarf es an dieser Stelle nicht. Hier wird sich für die Redaktion unseres Verbandsorgans ein neues, sehr dankbares und fruchtbringendes Arbeitsfeld erschließen.

Über die unbedingte Notwendigkeit dieser Korrespondenz wird es im Kreise unserer Kollegen nur eine Meinung geben. Da diese Arbeit aber durch die Redaktion unseres Organs in Verbindung mit anderen tüchtigen Kräften der modernen Gewerkschafts- und Rätebewegung getan werden könnte, besteht die Möglichkeit der Realisierung dieser Forderung.

Der zweite praktische Vorschlag, dessen Durchführung ebenfalls sofort möglich ist, ist folgender:

In allen Bezirken unserer Organisation muß einem Teil unserer Funktionäre und Angestellten die Möglichkeit gegeben werden, sich von der praktischen Alltagsarbeit loszulösen und ihnen beispielsweise drei Monate lang die Möglichkeit gegeben werden, in einem vom Hauptvorstand ins Leben zu rufenden gewerkschaftlichen Bildungskursus sich gründlich theoretisch durchzubilden.

Es müssen sofort einige Spezialkräfte gewonnen werden, die diese gewerkschaftlichen Bildungskurse in Form einer Gewerkschaftsschule abhalten. Es würde eine gewaltige Befruchtung unserer Agitations- und Organisationsarbeit bedeuten, wenn es gelingt, in jedem Quartal aus allen Gebieten Deutschlands beispielsweise 30 bis 50 Kollegen auszubilden, die dann ihrerseits wieder in den einzelnen Bezirken oder großstädtischen Ortsverwaltungen sich nur mit der Bildungsarbeit der Mitglieder befassen würden. Hier dürften weder Mühen gescheut, noch Kosten gespart werden. Unverzüglich muß der Hauptvorstand auf diesem Gebiete ans Werk gehen. Der Zuwachs von 1 Million Mitglieder im Verband macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, daß alle Mittel und alle Kräfte in den Dienst dieser Sache gestellt werden. Vielleicht bietet sich die Möglichkeit, bei anderer Gelegenheit eine nähere Begründung und Spezialisierung dieses Vorschlags zu geben, hier mögen nur die Hinweise genügen, um den Hauptvorstand zu veranlassen, ungesäumt an diese wichtige Frage heranzutreten.

Wilh Sander (Dresden).

Agitation

Daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, unablässig für die Ausbreitung unserer Organisation zu agitieren, ist eine Selbstverständlichkeit. Die meisten Bezirksleitungen und Verwaltungstellen haben ihre Arbeitstätigkeit mit darauf eingestellt und findet eine laufende Agitation statt. Dieselbe ist besonders dort durchgreifend und arbeitet von selbst, wo ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem vorhanden ist und die Verwaltungstelle bis in den kleinsten Betrieb Fühlung hat. Nun hat aber unsere Organisation durch die Revolution und besonders dadurch, daß es uns möglich war, überall Kollektivverträge zu schaffen, eine Mitgliederzunahme erfahren wie nie zuvor. Unsere Organisation hat in Bezirken und Betrieben Eingang gefunden, in denen es sonst nie möglich war, festen Fuß zu fassen. Neue Verwaltungstellen mit großen Mitgliederzahlen sind entstanden. Verwaltungstellen, die mit ein paar zugereisten Mitgliedern nur ein Scheindasein führten, sind mit einem Schlage große Verwaltungstellen mit mehreren hundert, ja tausend Mitgliedern geworden. Überall da ist aber eine ganz junge Organisation vorhanden. Die Mitglieder sind zum größten Teil noch kein Jahr organisiert und aus solch jung organisierten Mitgliedern setzt sich in den meisten Fällen auch die Verwaltung zusammen.

Daß da die Agitation nicht so organisiert ist wie in den Verwaltungstellen, die schon viele Jahre bestehen und die über eine große Anzahl tüchtiger tätiger Vertrauensleute verfügen, ist klar und begreiflich.

Die Bezirksleitungen können sich zum Teil auch nicht der dazu nötigen Arbeit widmen. Der Anfall von Arbeit ist gerade in den Bezirken eine ganz ungeheure und besonders dadurch, daß ständig Lohnbewegungen durchgeführt werden müssen, da die bestehenden Lohnverträge nur an kurze Kündigungsfristen gebunden sind.

Da ist es vielleicht nicht unangebracht, wenn über Selbstverständlichkeiten nochmals etwas geschrieben wird, um den jungen Verwaltungen bei der Agitation an die Hand zu gehen. Zunächst fehlt es in vielen Fällen noch an der Abgrenzung der Verwaltungstellen.

Die Verwaltungstelle ist errichtet oder ausgebaut worden. Die nächstliegenden Orte sind der Verwaltung angeschlossen. In einem entfernteren Orte ist wieder eine Verwaltung gegründet oder ausgebaut worden, die gleichfalls die nächstliegenden Orte mit anschließt. Auf diese Weise entstehen Lücken, das heißt, eine kleinere oder größere Anzahl Ortschaften gehören überhaupt zu keiner Verwaltung.

Hier muß zunächst eingegriffen werden. Die nächstliegenden Verwaltungstellen müssen miteinander in Verbindung treten. Sie müssen für einen bestimmten Bezirk alle in demselben befindlichen Ortschaften feststellen und dann je nach Lage und Entfernung die einzelnen Ortschaften einer Verwaltung zuteilen. Wenn überall wie vorstehend gearbeitet wird, kann es innerhalb eines Bezirkes des Verbandes keinen Ort geben, der nicht zu irgendeiner Verwaltung gehört. Somit wird es auch dann im ganzen Deutschen Reich keinen Ort mehr geben, der nicht einer Verwaltung zugeteilt ist.

Dabei spielt es keine Rolle, ob nun auch in all den Orten Metallindustrie vorhanden ist. Sind die Grenzen der Verwaltungstelle festgesetzt, ist es notwendig, die Ausbreitung der Metallindustrie innerhalb der Verwaltungstelle festzustellen. Die Verwaltung muß sich mit Hilfe einer Anzahl arbeitswilliger Mitglieder eine Übersicht über alle Betriebe der Metallindustrie

Das Sozialisierungsproblem in Deutschland

(Fortsetzung.)

Sozialisierung der Industrie.

Schwieriger als das Problem der Sozialisierung des Bergbaues einschließlich der Eisenindustrie ist die Frage der Sozialisierung der Verfeinerungsindustrie. Hier haben wir es vielfach nicht mit einer Massenfabrikation, sondern mit der Herstellung von Spezialerzeugnissen, deren technische Hervorbringung meist Geheimnis einzelner Betriebe ist, zu tun. Die Ausschaltung der Betriebsdirektoren und Betriebsleiter würde in solchem Falle für die Produktion verhängnisvoll werden. Nun ist es selbstredend nicht die Absicht irgendwelcher Partei, die die Sozialisierung fordert, diese Elemente aus dem Betriebe auszuschalten, vielmehr wünschten sie für den weiteren Verlauf der Wirtschaft diese Elemente nutzbar zu machen. Allein wie heute die Sachlage ist, sind diese Elemente zum Teil an dem Privatbesitz der Betriebe interessiert, mindestens aber privatkapitalistisch orientiert, sodaß die Gefahr besteht, daß diese Elemente bei einer eventuellen Sozialisierung der Betriebe Sabotage treiben werden. Es ist darum notwendig, daß man, bevor man an die Sozialisierung der Betriebe herantritt, versucht, die Betriebsleiter für den Sozialismus zu gewinnen. Übrigens ist heute die Aufgabe der Industrie auf lange hinaus nicht die Spezialisierung, sondern die Normalisierung und Massenproduktion. Darum ist gerade heute die Durchführung der Sozialisierung relativ leichter, als es früher gewesen wäre und als es später sein würde, wenn die deutsche Industrie wiederum die Höhe erreichen wird, bei der die Spezialisierung eine Notwendigkeit wird.

Als ungeeignet für die Sozialisierung wurde von der Sozialisierungskommission die Exportindustrie betrachtet. Prof. Bücher sagt mit Recht, warum die Exportindustrie und der auswärtige Handel nicht sozialisiert werden können, warum der Bezieher von Waren deutscher Herkunft im Auslande nicht ebenso gern von einem Staatsbetriebe wie von einem Privatbetriebe sollte kaufen wollen oder warum man nicht ganz den Kompensationsverkehr von Staat zu Staat an die Stelle des seitherigen Privatverkehrs treten lassen könnte (Seite 30). Die Entwicklung der Valuta hat wohl allen jetzt gezeigt, die es sehen wollen, daß ein anderer Handel als ein direkter Kompensationsverkehr von Staat zu Staat kaum noch möglich sein wird.* Die Schwierigkeit der Sozialisierung der Exportindustrie liegt auf ganz anderem Gebiet, nämlich auf dem der Verfeinerungsproduktion. Die Exportindustrie eroberte sich vor dem Kriege den Weltmarkt, indem sie Spezialartikel von hoher Qualität lieferte. Soll es auch in der Zukunft das gleiche sein, und der Mangel an Rohstoffen nötigt Deutschland geradezu zu einer Verfeinerungsexportindustrie, so ist die Sozialisierung einer solchen vielverzweigten Qualitätsindustrie, die sich den Markt nur in scharfem Konkurrenzkampf erobern könnte, in der Tat ein sehr schwieriges Problem, zumal man, wie schon gesagt, kaum auf die Mitarbeit der Betriebsleiter rechnen kann. Da es aber heute bei dem gewaltigen Mangel an Produktion überhaupt nicht soviel auf Qualitätswaren als auf Waren überhaupt ankommt, die unter allen Umständen leicht Absatz finden, so ist die Sozialisierung gerade jetzt auch auf diesem Gebiete leichter durchführbar.

Die Organisation der sozialisierten Betriebe.

Sonderbarerweise sprechen sich alle diejenigen, die für die Sozialisierung eintreten, gegen die Verstaatlichung der Betriebe aus. „Sozialisierung“, sagt Wilbrandt, „ist nicht Verstaatlichung“. Wilbrandt setzt diesen Gedanken ausgesprochen gegen die Marxsche Lehre, die die Verstaatlichung und Vergesellschaftung gleichsetzt. Aber auch Kautsky und Otto Bauer treten gegen die Verstaatlichung der Betriebe auf. „Der Staat“, sagt Kautsky, „ist nicht Wirtschaftsorganisation, sondern Herrschaftsorganisation. Seine Bureaukratie ist zu Herrschaftszwecken eingerichtet. Die Aufgabe des Bureaukraten geht nicht dahin, das Zweckmäßige zu suchen und durchzuführen, sondern den Willen seines Vorgesetzten getreu und willig zur Ausführung zu bringen.

Die Initiative nur von oben, nicht von unten ausgehend, wird geistloses Kleben am Alten, an der überlieferten Form, ein verknöcherter Konservatismus, das Kennzeichen der staatlichen Bureaukratie.

Damit gerät sie in vollen Gegensatz zu den Bedürfnissen der modernen Produktionsweise, die eine technisch revolutionäre ist, auf jeder Umwälzung aller überkommenen Formen und Methoden beruht.“

Im ähnlichen Sinne äußert sich auch Otto Bauer, der meint, daß die Regierung durch die Verstaatlichung der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig werden könnte. Er ist ebenfalls der Ansicht, daß der Staat die Industrie schlecht verwalte und behauptet, daß die Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung der Industrie gefordert haben. Daß auch die Sozialisierungskommission sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat, versteht sich von selbst. Es ist wohl auf den Kampf gegen den deutschen bureaukratischen Militärstaat zurückzuführen, daß in den angeführten Äußerungen ein solcher Grad von Mißtrauen dem Staate gegenüber geäußert wird. Im Grunde genommen übersehen aber Kautsky und Bauer, daß sich die Sozialisierung nur im Kampfe gegen den Widerstand der anderen Klassen vollziehen kann und daß diesen Widerstand eben nur der Staat zu brechen imstande ist. Die Herrschaftsorganisation muß sich darum gewissermaßen auf die Wirtschaftsorganisation stützen und diese leiten. Bauer stellt sogar die Demokratie der Regierung gegenüber, als ob es sich um eine bürgerliche Regierung handle, die eine andere Interessen zu vertreten hätte als die des Volkes. Natürlich kann die Bureaukratie im gewissen Sinne eigene Interessen wahrnehmen. Daß aber im sozialen Kampfe, durch den die Sozialisierung erst ermöglicht wird, diese Interessen wenig ins Gewicht fallen, daß die Bureaukratie selber reorganisiert und demokratisiert werden muß, bevor man an diese gewaltige Aufgabe, die Sozialisierung der Produktion, herantritt, scheinen sonderbarerweise diese Genossen unbeachtet gelassen zu haben. Dabei sieht Kautsky die Vorteile der Verstaatlichung ganz klar ein, daß nämlich die Verstaatlichung der kapitalistischen Betriebe es ermöglicht, ganze Industriezweige in Verbindung miteinander zu bringen, die Produktion planmäßig zu gestalten und somit den Einfluß der Wissenschaft und wissenschaftlich gebildeter Leitung auf die Produktion ganz anders zur Geltung zu bringen, als es bei Produktivgenossenschaften der Fall wäre, aber auch bei den voneinander getrennten Organisationen einzelner Industriezweige nicht anders gewesen wäre.

Demgegenüber glauben wir, daß der Staat als Herrschaftsorganisation immer mehr zu existieren aufhören wird, in dem Maße, wie die Klassengegensätze verschwinden. In der Zukunft wird sich der Staat nur noch in eine Wirtschaftsorganisation verwandeln, und das war auch der Sinn des Gedankens von Engels, als er von der Überwindung des Staates in der zukünftigen Gesellschaft sprach. Eben weil Kautsky und Bauer an die Teilsozialisierung und nicht an eine Vollsozialisierung denken, obgleich Bauer einen Plan der Vollsozialisierung entworfen hat, glauben sie, mit einer anderen Form der Organisation der Industrie sich begnügen zu können, die wohl auf einen Wirtschaftszweig angewendet werden könnte, aber nicht auf die Leitung des Gesamtwirtschaftslebens ausgedehnt werden kann. Wie soll denn eine dem Staate gegenüber selbständige Organisation die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates unabhängig bestimmen? Was bleibt dem Staate dann noch übrig, wenn er von der Leitung der Industrie ausgeschaltet wird?

Ausgehend von diesem sonderbaren Standpunkt, will Kautsky wie Bauer zugleich an der Leitung der sozialisierten Industrie nicht nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch die Konsumenten teilnehmen lassen. Kautsky meint, es gäbe ein besonderes Konsumenteninteresse, das noch über dem Klasseninteresse stände (Seite 12). Was soll das Konsumenteninteresse eigentlich bedeuten? Das Gesamtprodukt der Gesellschaft zerfällt in zwei Hauptgruppen, in Produktionsmittel und Konsumtionsmittel, wobei die Konsumtionsmittel ebenfalls in zwei Untergruppen zerfallen, in solche der Arbeiterklasse und in Konsumtionsmittel der Unternehmer. Daß es ein allgemeines, gemeinsames Konsumtionsinteresse gibt, ist nichts anderes als eine Illusion. Die Klassengegensätze äußern sich auf diesem Gebiete noch schroffer und deutlicher als auf dem der Produktion. Daß die Produktion nicht im Interesse der Arbeiterschaft und der Gesamtheit, sondern in dem des Profits geleitet wird, kommt den Arbeitern nur allmählich zum Verständnis und in der Hauptsache während der Krise, als infolge der kapitalistischen Produktions-

* Siehe den Artikel von Prof. Jastrow in der „Vossischen Zeitung“ vom 23. Januar 1920.

und der Betriebe anderer Industrien, in welchen Metallarbeiter arbeiten (Reparatur-, Werkzeugschlosser usw.), verschaffen. Die Verwaltung muß also Kenntnis von jedem derartigen Betrieb, der sich in der Verwaltungsstelle befindet, haben, ganz gleich, ob in dem Betrieb nur ein oder zwei Mann oder nur Lehrlinge beschäftigt werden oder der Meister nur allein arbeitet.

Die weitere Aufgabe der Verwaltung liegt nun auf der Hand. Es muß festgestellt werden, wieviel Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Lehrlinge in den einzelnen Betrieben arbeiten, und weiter, wieviel davon organisiert und wieviel davon in unserer Organisation, wieviel in anderen Gewerkschaften sind. Die Zahl der Organisierten soll für jede Gewerkschaft festgestellt werden. Erst wenn vorstehendes durchgeführt, sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Agitation gegeben. Erst dann kann die Verwaltung die Agitation organisieren. Für jeden Betrieb muß die nötige Anzahl Vertrauensleute gewählt werden und muß die Verwaltung besonders darauf sehen, daß sie mit jedem Betrieb Fühlung hat. Ist es in einem Betrieb nicht möglich, einen Vertrauensmann zu wählen, so muß die Verwaltung einen bestimmen, und findet sich in einem Betrieb kein Vertrauensmann, so muß einem anderen Vertrauensmann der Betrieb mit übertragen werden. Wenn vorstehende Selbstverständlichkeiten dazu beitragen, daß dort, wo es noch nicht der Fall ist, die Grundlagen für eine erfolgreiche Agitation geschaffen werden, so haben diese Zeilen ihren Zweck erreicht.

Fried. Föller.

Unfallgefahren und Privatversicherung

Von den tausenden Unglücksfällen in der Schwerindustrie usw. sind manche von so komplizierter Art, daß die Ärzte zu den verschiedensten Gutachten darüber kommen, ob wirklich Unfälle im Sinne des Gesetzes vorliegen. Wenn auch nur der Anschein einer anderen, aber nicht Unfallursache zum Tode geführt hat, läßt es die Unfallberufsgenossenschaft sicher zur Klage im Schiedsgerichtsverfahren kommen, wobei dann mit Hilfe der Arbeitersekretariate noch so manche Witwe zu ihrem Rechte kommt, da in diesem Verfahren auch Arbeitervertreter als Richter mitwirken, die fachmännischen Rat und Erfahrung in die Wagschale werfen können.

Anders verhält es sich bei der Privatversicherung, der sich so zahlreiche Arbeiter anvertrauen, um im Gefahrsfalle der Familie größeren Schutz zu bieten. Wieviel Versicherungen mögen hier aber abgeschlossen sein, bei denen die Hoffnung trügt? Die Privatversicherungen sind weit bockbeiniger als die Unfallberufsgenossenschaften, weil strittige Fälle von dem ordentlichen Richter und nicht dem Schiedsgericht entschieden werden. Da ist die kapitalkräftige Versicherungsgesellschaft, der ein Stab tüchtiger Rechtsanwälte zur Seite steht, immer im voraus gegen eine klagende Witwe, da sie meist im Wege des Armenrechts zu klagen gezwungen ist. Die namentlich heute sehr hohen Anwaltskosten und Gerichtskostenvorschüsse können sich die wenigsten Arbeiter oder deren Nachkommen leisten. Der Nachteil liegt auf der Hand. Folgender Fall sollte zu denken geben.

Der Bergmann H. wurde am 13. Februar 1914 auf Zeche Mathias Stinnes in dem unter Tage sich befindlichen Pferdestall mit einer Kopfwunde bewußtlos aufgefunden. Kurz darauf verschied er. Der behandelnde Arzt, Dr. N. hat Hitzschlag angenommen und die Unfallberufsgenossenschaft erkannte den Unfall an. Da H. noch bei einer Privatgesellschaft gegen Unfall versichert war, machte die Witwe dort ihren Anspruch geltend, weil namentlich noch durch einen Zeugen bewiesen wurde, daß nach dem Unfall Erbrechen eingetreten war, was auf Gehirnerschütterung durch Aufschlagen des Kopfes, der auch eine Verwundung zeigte, schließen ließ. Trotz der Anerkenntnis des Unfalles durch die Unfallberufsgenossenschaft verweigerte die Versicherungsgesellschaft die Zahlung der Versicherungssumme von 11 000 M, da sie das Vorliegen eines Unfalles bestritt. Sie ließ gegen das Gutachten des Dr. N. zwei weitere Gutachten aufmarschieren, als es zur Klage kam. Der Kreisarzt Dr. B. führte den Tod auf ein Koma diabeticum infolge Zuckerkrankheit zurück, was der langjährige Hausarzt Dr. O. als ganz unwahrscheinlich bezeichnete, da der Verunglückte nie zuckerkrank war. Einen Hitzschlag nimmt dieser Arzt aber auch nicht an wegen der Seltenheit desselben unter Tage. Mit dem Dr. B. stellte sich nunmehr das Landgericht auf den Standpunkt, daß ein inneres Leiden die Todesursache gewesen sein könne und wies die klagende Witwe ab. Das Oberlandesgericht in Hamm stellte sich auf den gleichen Standpunkt, ebenso später das Reichsgericht (Aktenzeichen VII 6/18) und die Witwe geht leer aus, obwohl ihr die Unfallrente zugesprochen ist, die sie von der Unfallberufsgenossenschaft erhält. Den geheimnisvollen Weg der Frau Justitia wird sie wohl nie ergründen und doch liegen die Zusammenhänge für den Kundigen gar nicht so verschleiert. Das interessiert jedoch hier weniger, weil mit dieser Erörterung der Witwe nicht geholfen wäre.

Der Fall sollte zur Lehre dienen. Im guten Glauben hat der Arbeiter an die Privatversicherungsgesellschaft jahraus, jahrein seine Prämie bezahlt, aber diese macht von einem ihr zustehenden Rechte Gebrauch und läßt sich verklagen. Sie weiß, daß sie die Stärkere ist. Demgemäß schlußfolgert sie und — gewinnt den Prozeß. Damit hat sie „Recht" bekommen, kein Mensch fragt weiter nach der abgewiesenen Witwe, deren Forderung ja auch zu „Unrecht" erhoben war.

Und doch sollten Arbeiter diese Dinge etwas tiefer beurteilen. Das Profitinteresse liegt in der Natur des Kapitalismus, welches seine Vertreter instinktiv zu wahren suchen. Der Kapitalismus als Auftraggeber erfordert das. Vertreter, die das nicht können oder wollen, haben bald ausgedient, sie sind unbrauchbar. Um ihre Brauchbarkeit zu beweisen, müssen sie sich selbst der Brutalität beugen. In dieser vom humanitären Standpunkt aus nicht beneidenswerten Lage befinden sich die Vertreter der Privatversicherungsgesellschaften, deren Geldinteressen trotz aller Ableugnungsversuche immer den sozialen Interessen vorgehen. Daher das Suchen nach Mitteln, um möglichst glimpflich von den auferlegten Verpflichtungen abzukommen. Die Folgen davon sind Abweisungen und Prozesse, bei denen meist der Stärkere Sieger bleibt.

Von den Arbeitermassen können daher diese Gesellschaften nicht als soziale Einrichtungen angesehen werden. Aber immer wieder lassen sie sich von den Agenten derselben beschwatzen und schließen Versicherungen ab, trotzdem seit 1913 die von den Gewerk- und Genossenschaften gegründete Volksversicherungsaktiengesellschaft „Volksfürsorge" besteht, die völlig sozialisiert ist und keine privatkapitalistischen Interessen wahrzunehmen hat. Ihre Gewinne fallen ausnahmslos den Versicherten zu und als soziale Einrichtung würde sie, wie z. B. in dem vorstehend geschilderten Falle, anstandslos die Versicherungssumme ausgezahlt haben, da von der Unfallberufsgenossenschaft die Todesursache als Unfall anerkannt wurde. Dieser Standpunkt der „Volksfürsorge" ist namentlich für die gefahrvollen Berufe, wie im Bergbau und der Schwerindustrie, von großer Wichtigkeit, da sie ihren Versicherten bei Unfällen schon im ersten Jahre die volle Versicherungssumme auszahlt, selbst wenn nur eine Prämienrate bezahlt ist.

Diesen wichtigen Vorteil sollten sich unsere Kollegen nicht entgehen lassen, zumal die „Volksfürsorge" jetzt bei halb- oder ganzmonatlichen Prämienzahlungen bis 3000 bezw. 5000 M versichert. Die Rechnungsstellen der Volksfürsorge, die Vertrauensmänner, Konsumvereine und Gewerkschaftskartelle geben gern weitere Auskünfte und vermitteln Aufnahmen. Wo dem Schwierigkeiten entgegenstehen, wende man sich direkt an die Hauptgeschäftstelle der Volksfürsorge, Hamburg 5. Es wäre zu wünschen, wenn unsere Kollegen allerorts sich etwas eingehender mit dieser von organisierten Arbeitern ins Leben gerufenen Einrichtung befaßten und sich in ihrem eigenen Interesse dafür betätigten.

Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe" vom 5. März veröffentlicht eine „Eingabe des Kartells der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins an den Minister für Wohlfahrt". Die Eingabe richtet sich gegen die Verordnung über Höchstmieten vom 9. Dezember und bringt zahlreiche Belege für die Steigerung der Hausunterhaltskosten. Sie wirft aber auch, sicher ohne daß die Verfasser dies beabsichtigen, ein grelles Schlaglicht auf die Höhe der Unternehmergewinne im Baugewerbe. Schon das erste Beispiel einer Unkostenberechnung ist überaus charakteristisch. Es lautet:

Einen Kochherd ausbessern, eine neue Roste anlegen, die Feuerung mit Chamottesteinen aussetzen:

Im Jahre 1914:

Arbeitszeit für einen Gesellen 1 Stunde	1,— M
„ „ „ Helfer 1 Stunde	0,60 „
Gelieferte Materialien: 1 Roste	0,55 „
Gelieferten Lehm	0,25 „
3 Chamottesteine	0,10 „
	2,50 M
Zuzüglich 20 v. H. Unkosten	0,50 „
	3,— M
Zuzüglich 10 v. H. Verdienst	0,30 „
Zusammen	3,30 M

Im Jahre 1920:

Arbeitszeit für einen Gesellen 2 Stunden à 4,25 M	8,50 M
„ „ „ Helfer 2 Stunden à 2,80 M	5,60 „
Gelieferte Materialien: 1 Roste	12,50 „
Gelieferten Lehm	2,50 „
3 Chamottesteine	1,65 „
	30,75 M
Zuzüglich 30 v. H. Unkosten	9,25 „
	40,— M
Zuzüglich 10 v. H. Verdienst	4,— „
	44,— M
Zuzüglich 1½ v. H. Umsatzsteuer	0,70 „
Zusammen	44,70 M

Danach wären also für diese Töpferarbeit gestiegen: Arbeitslohn von 1,60 auf 14,10 M, d. h. auf das 9fache, Roste von 0,55 auf 12,50 M, d. h. auf das 23fache, Lehm von 0,25 auf 2,50 M, d. h. auf das 10fache, Chamottesteine von 0,10 auf 1,65 M, d. h. auf das 17fache, Unkosten von 0,50 auf 9,25 M, d. h. auf das 19fache, Verdienst von 0,30 auf 4 M, d. h. auf das 13fache.

Dabei ist angenommen, daß die Arbeiter heute nur halb soviel leisten wie vor sechs Jahren, denn der Stundenlohn ist ja tatsächlich nur auf das 4½fache gestiegen. Der Unternehmer aber begnügt sich nicht mit dem 4½fachen, auch nicht mit dem 9fachen seines Verdienstes vor dem Kriege. Nein, er hält das 13fache für angemessen! Nach dieser Aufstellung der Arbeitgeberverbände verdiente ein Meister, der durchschnittlich 30 solcher Reparaturen am Tage vornehmen ließ, vor dem Kriege 9 M, heute 120 M. Ganz ungeheuerlich ist auch der Ansatz für „Unkosten". Diese sollen auf das 19fache gestiegen sein! In diesen Unkosten aber sind enthalten die Miete für Bureauräume und Lagerplätze, Telephon, Porto, Angestelltenlöhne, alles Posten, die sogar noch weniger gestiegen sind als die Arbeiterlöhne. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß in den „Unkosten" ein weiterer Reinverdienst des Meisters steckt. Dann kann man sich in der Tat nicht wundern, wenn die Hausbesitzer auch hygienisch unbedingt erforderliche Reparaturen mit Rücksicht auf die Kosten und sehr zum Schaden ihrer Mieter immer wieder hinausschieben.

Kohlenpreise und Reichsfinanzen

In seiner programmatischen Rede in der Nationalversammlung vom 3. Dezember sagte Erzberger: „Die Kohlensteuer entwickelt sich gut; bei einem Kohlenpreis von 100 M die Tonne, wie er in absehbarer Zeit in Rechnung gestellt werden darf, und einer Jahresförderung von 100 Millionen Tonnen bringt diese Steuer 2 Milliarden Mark im Jahre." Damals betrug der Preis für die beste Ruhrkohle (einschließlich Kohlensteuer) 95,20 M gegenüber 44,60 M zu Anfang 1919 und 13,75 M Ende 1914. Inzwischen ist der Preis am 1. Januar d. J. auf 117,70 M, am 1. Februar auf 179,10 M, am 1. März auf 197,40 M gestiegen! Die Kohlensteuer entwickelt sich also sehr gut. Bei der gegenwärtigen Förderung und den heutigen Preisen ist für das Jahr 1920 ein Ertrag von annähernd 4 Milliarden Mark zu erwarten. Ist das aber wirklich für die Reichsfinanzen gut? Für je 6 M, um die der Kohlenpreis steigt, steigt die Kohlensteuer um 1 M. Würde das Reich gar kein Kohlen brauchen, so hätte es an der Kohlenpreiserhöhung eine ungetrübte Freude. Muß es ein Sechstel der steuerpflichtigen Kohlen kaufen, so ist die Preiserhöhung für den Fiskus belanglos, da dann die Mehrausgabe beim Einkauf der Kohlen durch die automatisch steigende Kohlensteuer wettgemacht wird. Tatsächlich brauchen aber allein die Staatsbahnen, die ja jetzt in das Eigentum des Reichs übergehen, etwa ein Sechstel der gesamten steuerpflichtigen Förderung. Die jährlichen Ausgaben der preußischen Staatsbahnen für Kohlen betrugen 1915 164 Millionen, 1916 206 Millionen, 1917 341 Millionen. Nach den heutigen Preisen betragen diese Ausgaben rund 3 Milliarden! Mit der Verteuerung des Eisenbahnbetriebs ist es aber noch nicht getan. Hinzu kommt der sonstige öffentliche Bedarf an Kohlen und an Waren, die durch eine Kohlenpreissteigerung verteuert werden. Auch die Gehälter und Löhne der öffentlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter müssen entsprechend erhöht werden, denn die Ausgaben aller dieser Personen für Heizung, Beleuchtung und die meisten anderen Bedürfnisse steigen mit den Kohlenpreisen. Man wird dann auch ohne Übertreibung behaupten können, daß jede Mark, die der Fiskus aus der Kohlensteuer mehr zieht, ihn 2 M kostet. Der Fiskus stellt sich also heute, wo die Kohlensteuer im Ruhrgebiet etwa 25 M mehr für die Tonne ausmacht als vor einem Jahre, viel schlechter als damals, und er wird sich desto schlechter stellen, je höher die Kohlenpreise steigen. Deshalb ist es eine grobe Selbsttäuschung, wenn man von einer Steigerung des Ertrages an Kohlensteuer eine Besserung unserer Finanzen erwartet. Das Gegenteil ist richtig; und gerade im Interesse des Fiskus muß man einen Rückgang des Ertrages an Kohlensteuer, d. h. einen Rückgang der Kohlenpreise erhoffen. Vorbedingung dafür aber ist ein Steigen des Wertes der Mark, der seinerseits nicht denkbar ist ohne eine Tilgung der schwebenden Reichsschulden und ohne eine Anpassung der Reichseinnahmen an die Reichsausgaben.

Dr. R. Kuczynski.

Körperliche Erziehung der Jugend

Nach dem beispiellosen Aderlaß am Volkskörper, den der Krieg im Gefolge gehabt hat, bedarf es der Anspannung aller Kräfte, um die Volksgesundheit vor dem Verfall zu schützen. In dieser Notlage hat man auch den Wert der Leibesübungen wieder entdeckt und sich bemüht, sie dem Lehrplan der Volksschule besser einzugliedern und auch in die Fortbildungsschule einzuführen. Der Schulunterricht in den Leibesübungen kann aber bei bester Ausgestaltung nicht die Arbeit der Turn- und Sportvereine ersetzen, er wird in der Hauptsache stets Unterricht sein, aber nie ein wirklicher Betrieb. Deshalb müssen die Turn- und Sportvereine auch in Zukunft um die Jugend werben, um mit ihr gemeinsam an ihrer Gesundung zu arbeiten. Die Arbeiter-Turnvereine wenden sich deshalb auch diese Ostern wieder an die Elternschaft und an die Jugend selbst mit der Bitte um Unterstützung. Mehr denn je muß die Arbeiterschaft darum besorgt sein, daß ihre Jugend nicht in die bürgerlichen Vereine geht, wo sie auch heute noch im Sinne des alten Obrigkeitsstaates erzogen wird. Die Arbeiterjugend gehört in die Arbeitervereine, dort wird sie im Geiste der Neuzeit erzogen zu freidenkenden Männern und Frauen.

---

anarchie der Absatz und die Produktion in Stockung gerieten. Hingegen fühlt der Arbeiter die antisoziale Verteilung der Produkte, den Überfluß der Reichen und den Mangel der Armen allzu lebendig. Wie sich unter diesen Umständen ein allgemeines Konsumenteninteresse konstruieren läßt, ist kaum begreiflich. Kautsky und Bauer haben wohl die Konsumgenossenschaften im Auge, die angeblich als allgemeine und nicht Klassenorganisationen gelten. In Wirklichkeit sind sie Klassenorganisationen der Arbeiter und sollte es ihnen eingeräumt werden, einen Einfluß auf die Industrie auszuüben, so wird sich selbstredend eine Spaltung zwischen Konsumgenossenschaften der Arbeiter und denen der anderen Gesellschaftsschichten herausbilden.

Bauer schlägt vor, daß zur Verwaltung der Industrie ein Rat gebildet werden sollte, der zu einem Drittel von den Gewerkschaften der Arbeiter und den Organisationen der Angestellten, zu einem zweiten Drittel von den Vertretern der Konsumenten gewählt wird, während das dritte Drittel der Verwaltungsmitglieder die Vertreter des Staates bilden. „Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten auf der einen, die der Konsumenten auf der anderen Seite, haben entgegengesetzte Interessen wahrzunehmen, denn jene werden hohe Löhne, diese niedrige Preise wünschen. Die Vertreter des Staates werden als Vermittler und Schiedsrichter zwischen den beiden Parteien stehen." Hier wird ein Gegensatz zwischen Konsumenten und Arbeitern konstruiert, als ob die Arbeiter nicht auch zugleich die Konsumenten bilden. Daß die Arbeiter hohe Löhne fordern werden, wenn sie durch die hohen Preise nicht dazu gezwungen werden, ist eine Behauptung, die durch die Geschichte nicht gerechtfertigt wird. Das wollte Bauer auch wohl nicht sagen. Er hat wahrscheinlich im Auge, daß ein einzelner Industriezweig verstaatlicht wird, während die anderen Zweige privatkapitalistisch betrieben werden, vor allem die Landwirtschaft noch in privaten Händen verbleibt, so daß die Arbeiter der sozialisierten Industriezweige den Wunsch haben könnten, ihre Lebenshaltung etwas besser zu gestalten und den hohen Lebensmittelpreisen anzupassen. Sollten die Konsumenten der Erzeugnisse der sozialisierten Betriebe Unternehmer sein, die Privatgewinne einstecken, so ist es nicht einzusehen, warum die Arbeiter auf eine Aufbesserung ihrer Lage verzichten sollten und in welchem Sinn der Staat hier vermitteln sollte. Die Zuweisung der Vermittlerrolle an den Staat rührt wohl auch aus der Ansicht, daß der Staat eine über den Klassen stehende Organisation sei. In einem sozialistischen Staate kann es keinen Unterschied, noch weniger einen Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten geben. In der Übergangsperiode aber wird der Staat nicht eine Vermittlerrolle spielen, sondern, wenn die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, deren Interesse wahrnehmen und die Forderungen der Arbeiter tatkräftig unterstützen.

Der Gedanke, der diesen Projekten der Vergesellschaftung der Industrie zugrunde liegt, besteht darin, daß nicht allein die Arbeiter des jeweiligen Industriezweiges die Leitung der Industrie übernehmen können, sondern daß eine gemeinsame Leitung für die gesamte Industrie geschaffen werden müsse. Das ist richtig. Auch in Rußland ist man von dem abgegangen, daß die einzelnen Betriebe von ihren Arbeitern oder Betriebszweige von den Gewerkschaften verwaltet werden können. Die Organisation der Industrie muß nach einem gemeinsamen Plane gestaltet und geleitet werden. Deshalb ist es notwendig, daß in den Verwaltungsorganisationen der Einfluß der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Das wird in Rußland in der Weise erreicht, daß der Wirtschaftsrat, lokale oder in gewissen Fällen oberste, einen Teil der Verwaltung, meist sogar die Mehrheit der Beamten bestimmt. Die Konsumgenossenschaften sowie die anderen Arbeiterorganisationen wählen die Wirtschaftsräte. Insofern wirken sie auf die Verwaltung der Industrie. In allen solchen Organisationen gehört aber den Arbeitern die weitaus überwiegende Mehrheit. Sollte es gelingen, die Angestellten und Beamten, speziell die Betriebsleiter für die Arbeitersache zu gewinnen, so ist es wahrhaftig überflüssig, noch besondere Vertretungen der „Konsumenten" in den einzelnen Verwaltungen zu schaffen. Denn sowohl die Verteilung der Produktion als auch die Festsetzung der Preise müssen nicht von den einzelnen Verwaltungen, sondern von ganz anderen speziellen staatlichen Organisationen vorgenommen werden. Die Preise der Produkte müssen sich in einem gewissen Verhältnis untereinander befinden, vor allem muß ein gewisses Verhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und denen der Industrieerzeugnisse eingehalten werden. Das Preisproblem ist vielleicht das schwierigste der sozialistischen Wirtschaft. Auf jeden Fall kann es durchaus nicht von der Verwaltung eines einzelnen Betriebes, auch nicht von der eines Industriezweiges festgesetzt werden. Fällt aber die Funktion der Preisfestsetzung fort, so ist auch vom Standpunkt Bauers nicht einzusehen, was die „Konsumenten" in der Verwaltung tun können. Vielmehr ist es notwendig, daß die Organisation und Leitung der Industrie in den Händen des proletarischen Staates, der Arbeiter und Beamten liegen müssen und daß keine Teilung dieser Herrschaft eintreten soll.

Die Sozialisierungskommission hat für die Verwaltung des Bergbaues die Bildung einer deutschen Kohlengemeinschaft vorgeschlagen, die wirtschaftlich und rechtlich Subjekt der deutschen Kohlenwirtschaft sein soll. Abgesehen von den Bedenken gegen den Staatsbetrieb, die die Kommission die gleichen hegt wie Kautsky und Bauer, meint sie noch dazu, daß ihr Vorschlag aus Erwägungen außenpolitischer Natur vorzuziehen sei. Ein Zugriff der Entente auf diesen Wirtschaftskörper wäre juristisch nicht leichter zu begründen als ein Zugriff auf gegenwärtig bestehende private Unternehmungen. Derselbe Vorwand wird immer wieder gegen die Sozialisierung gemacht, obgleich man sehr gut weiß, worauf Wilbrandt schon hingewiesen hat, daß die Privatindustrie ebensowenig vor dem Zugriff der Entente geschützt ist wie die Staatsbetriebe. So meint Wilbrandt ironisch gegenüber Bücher: „Du liebes harmlos gebliebenes deutsches Herz, das den Bukarester Frieden schloß und so schnell vergaß, daß von uns selber das Beispiel gegeben worden ist, daß auch Privateigentum im Friedensvertrag dem Sieger genau so dienstbar gemacht werden kann wie das eines Staates." (Seite 238.)

So fallen alle Einwände gegen die Verstaatlichung in sich zusammen. Allerdings ist die Form der Verstaatlichung nicht unbedingt der jetzigen Verwaltung der Staatsbetriebe gleichzusetzen. Während heute die Betriebe ausschließlich von Staatsbeamten verwaltet werden, werden in der Zukunft auch die Arbeiter sowohl der entsprechenden Betriebe als auch in ihrer Gesamtorganisation an der Verwaltung und Leitung der Betriebe unmittelbar teilnehmen. Dadurch allein wird zum Teil die Gefahr der Bureaukratisierung der Verwaltung abgeschwächt. Die Vorbedingung dazu ist allerdings ein gutes Einvernehmen zwischen den Arbeitern, Angestellten und Beamten und ein gewisses Verständnis der Arbeiter für technische und Verwaltungsfragen. Immerhin wird die zukünftige Sozialisierung nicht in der Form durchgeführt werden, daß alle und sämtliche Betriebe vom Staate oder, sagen wir, vom obersten Wirtschaftsrate geleitet werden. Die allzu stramme Zentralisation der Verwaltung, die neuerdings in Rußland durchgeführt worden ist, ist wohl auf den Mangel an Produkten und schwache Entwicklung der Produktion überhaupt zurückzuführen, während bei einer ausgedehnteren und lebensfähigeren Produktion viel größere Selbständigkeit den lokalen Räten gewährt werden müßte. Außerdem ist es wohl geboten, daß verschiedene Industrien nicht direkt in Staatsverwaltung, sondern von den Gemeinden und den Kreisverwaltungen übernommen und geleitet werden. So z. B. die Lebensmittelindustrien sowie die Betriebe, die für den lokalen Markt arbeiten.

Zusammenfassend läßt sich also die Organisation der Industrie so darstellen, daß durch einen allgemeinen Kongreß der Gewerkschaften und der Konsumvereine sowie der Betriebsräte die oberen und lokalen Wirtschaftsräte entsprechend gewählt werden, wobei der Vollzugsrat der Räte ebenfalls einen Teil der Mitglieder der Wirtschaftsräte bestimmt. Auf diese Weise nehmen an der Verwaltung der Industrie sowohl die Gewerkschaften als auch die Konsumvereine und Betriebsräte teil, aber nicht unmittelbar, sondern durch die Wahl der leitenden Körperschaften, die dann zusammen mit den Arbeitern und Angestellten die unmittelbare Verwaltung der einzelnen Betriebe und Wirtschaftszweige zu bilden haben. Die Wahl der Räte durch die Arbeiterorganisationen, die Kontrolle dieser Organisationen und die Beteiligung der Betriebsräte (Arbeiter und Angestellte des betreffenden Betriebes) an der Verwaltung garantieren in gewissem Maße, daß sich diese Verwaltung nicht zu einer bureaukratischen auswachsen wird. Es kommt natürlich alles auf die Aktivität der Arbeiterorganisationen an. Mangelt es an dieser, so wird die beste Organisation zu einer bureaukratischen auswachsen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 11. April ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. April 1920 fällig.

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig			
Aachen	80	55	25	18. Beitragswoche.
Arnswalde	80	—	10	18. „
Aue i. E.	80	80*	20	18. „
Bautzen	80	30	10	18. „
Duisburg	80	40	20	18. „
Eilenburg	80	30	—	18. „
Einsw.-Nordenham	80	30	20	18. „
Ferdinandshof	30	20	25	18. „
Fulda	80	60*	40*	18. „
Göppingen	80	40	20	18. „
Harzgerode	30	80	30*	18. „
Helmstedt	80	30	20	18. „
Hindenburg	30	30	30*	18. „
Königsberg i. Pr.	80	30	—	18. „
Laurahütte	30	30	30*	18. „
Limburg	60	60*	20	18. „
Mannheim	130	55	25	18. „
Mittweida	80	50	20	18. „
Mühlhausen i. Th.	80	50	20	14. „
Norderney	110	—	—	18. „
Nordhausen	30	20	10	18. „
Oldisleben	30	20	10	18. „
Pforzheim	—	60*	—	18. „
Pinneberg	30	10	—	18. „
Rochlitz	80	50	10	18. „
Salzungen	60	60*	30*	18. „
Schwarzenbach	30	—	30*	16. „
Senftenberg	50	10	10	18. „
Solingen	170	70*	40*	18. „
Triberg	50	15	—	18. „
Wetzlar	80	60*	50*	18. „
Wurzbach	10	—	—	14. „

* Wird in der angegebenen Höhe nur erhoben, wenn der erhöhte Beitrag in Kraft tritt.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle **Berlin:**

Der Einrichter **Erich Scheidt**, geb. am 7. Juli 1886 zu Niederschöneweide, Mitgl.-Ausweis Nr. 155486, nach § 23 Abs. 9 des Statuts.

*

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle **Mülheim a. d. Ruhr:**

Der Metallarbeiter **Wilhelm Heuser**, geb. am 13. Nov. 1888 zu ?, B.-ch-Nr. 2,854464, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Der Dreher **Karl H. Mühlenbruch**, geb. am 21. Juli 1888 zu ?, Mitgl.-Ausweis Nr. 197286, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Der Maschinist **Walter Münnich**, geb. am 1. Juli 1895 zu Reinsdorf, Mitgl.-Ausweis Nr. 185747, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

*

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch-Nr. 2,764654, lautend auf den Dreher **Oskar Moleß**, geb. am 11. Februar 1884 zu Danzig. (Danzig.)

Mitgliedsbuch-Nr. 3,095791, lautend auf den Handlanger **Reinhold Engel**, geb. am 27. November 1896 zu Danzig. (Danzig.)

Mitgliedsbuch-Nr. 3096439, lautend auf den Schlosser **Fritz Linde**, geb. am 17. Juli 1894 zu Kleschkau. (Danzig.)

Mitgliedsbuch-Nr. 3,453654, lautend auf den Arbeiter **Franz Hoga**, geb. am 28. August 1881 zu Warschau. (Danzig.)

Mit kollegialem Gruß — **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach **Wesel** (Krieg & Zigler) D.;

von **Elektromonteuren** nach **Fulda** L.; nach **München** und **Südbayern**; nach allen Orten **Württembergs**;

von **Formern und Gießereiarbeitern** nach **Burg** bei **Magdeburg** (Berlin-Burger Eisenwerk) D.; nach **Mettmann** (Ferd. Bonnier, Fittings- und Weicheisenfabrik) D.;

von **Gold- u. Silberarbeitern** nach dem ganzen Gebiet der **Schweiz** L.;

von **Metallarbeitern** nach **Anklam** (Muskate, Sethke & Co.) St.; nach **Bremen** L.; nach **Crailsheim** St.; nach **Danzig** D.; nach **Elbing** (Fa. F. Komnick und Fa. F. Schichau) A.; nach **Kehl i. B.** (Lokalbahn Kehl) L.; nach **Leipzig-Wahren** (Dux Automobil-Werke) A.; nach **Norden** St.; nach **Schneidemühl** D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Berichte

Metallarbeiter.

Bochum. Fachmonteure, selbständige Monteure und Vorzeichner. Endlich, nach langer und mühevoller Arbeit ist es gelungen, die Kollegen in ansehnlicher Zahl dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen. Der Erfolg konnte nicht ausbleiben und ist es gelungen, für die selbständigen Monteure am 28. Dezember 1919 einen Tarif abzuschließen, der nunmehr durch die Organisation gekündigt ist und am 31. März d. J. abläuft. Neue Forderungen sind eingereicht und wird es von der Solidarität der Kollegen abhängen, ob das angefangene Werk zugunsten der Kollegen ausgebaut werden kann. Die Aufgabe der Monteure muß es sein, alle dem Verband fernstehenden Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und ihnen die Nutzlosigkeit ihrer kleinen Sonderorganisationen vor Augen zu führen. Bei Abschluß unseres Tarifs im Dezember 1919 zeigte sich recht deutlich, daß der Deutsche Monteurverband, Sitz Dortmund, das Hindernis war, wodurch eine Bessergestaltung der Lohnfrage vorerst nicht erreicht werden konnte. Zusammenschluß aller Kollegen in einer starken Organisation muß unser Ziel sein. Unsere Sektionsversammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Adler, Hattingerstr. 31, in Bochum statt. Die sich auswärts auf Montage befindlichen Kollegen werden dringend gebeten, ihre Adresse der Ortsverwaltung in Bochum, Rottstr. 53, umgehend bekanntzugeben, damit die Fühlung mit den Kollegen durch die hiesige Sektionsleitung aufrecht erhalten werden kann. Kollegen! Zeigen auch wir Monteure, daß wir vom Geist der neuen Zeit erfaßt sind, treten wir Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, damit mit Hilfe dieser Organisation auch unsere wirtschaftliche Lage der Zeit entsprechend gebessert werden kann.

Eßlingen. Am 21. Februar fand die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Eßlingen statt. **Kollege Ohnsmann erstattete den** Geschäftsbericht, streifte die gesamte **Tätigkeit vom Jahre 1919.** Das Jahr 1919 war eines der arbeitsreichsten seit Bestehen der Organisation. Konnte auch mancher Erfolg gebucht werden in bezug auf Erhöhung des Lohnes sowie Arbeitszeitverkürzung, so muß doch gesagt werden, daß ein Ausgleich des Lohnes gegenüber der immer weiteren Steigerung der Lebensmittel sowie Bedarfsartikel bei weitem nicht erreicht werden konnte. Die Kollektivabkommen haben unzweifelhaft für einen Teil der Kollegen, die außerhalb der großen Industriezentren arbeiten, Vorteile gebracht, während die Kollegen in den Industriestädten mit ihnen unzufrieden sind. Die Unzufriedenheit mit den Kollektivabkommen ist meistens darin zu suchen, weil die Verträge auf viel zu lange Zeit abgeschlossen sind, die Verhandlungen bis zum Abschluß sich oft monatelang hinausziehen, so daß bei Abschluß die erreichten Zugeständnisse von der Teuerung längst überholt sind. Die Verträge sollen möglichst so gehalten sein, daß allmonatlich eine Regelung der Löhne vorgenommen werden kann. Die Mitgliederbewegung am Orte ist eine gute zu nennen, die Befürchtung von einem Teil der Kollegen, wenn die extreme Richtung die Oberhand in der Verwaltung gewinne, würde der Verband zugrunde gerichtet, hat sich nicht erfüllt, das Gegenteil ist zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat sich von 3900 am Ende 1918 auf 7300 bis Ende des Jahres 1919 erhöht und es ist zu verzeichnen, daß der Zuwachs noch weiter anhält. Nachstehende Resolution wurde gegen 6 Stimmen angenommen: „Die in Kugels Saal tagende ordentliche Generalversammlung ist mit der Haltung der Mehrheit der 14. Generalversammlung einverstanden. Sie erhebt Protest dagegen, daß von einem Teil der Kollegen (der Minderheit der Generalversammlung) versucht wird, den Vorstand sowie die Leitung der Metallarbeiter-Zeitung dahingehend zu beeinflussen, daß die auf der 14. Generalversammlung von der übergroßen Mehrheit aufgestellten Richtlinien nicht einzuhalten sind. Sie begrüßt es, daß die jetzige Leitung der Metallarbeiter-Zeitung sich die große Mühe gibt, die Mitglieder unseres Verbandes durch Wort und Schrift aufzuklären, damit sie zu klassenbewußten Kämpfern auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet erzogen werden. Sie verwirft die Kampfestaktik der sogenannten Minderheit der 14. Generalversammlung, welche nur der Reaktion in der Arme arbeitet und die Zersplitterung der Organisation herbeiführt. Die übergroße Mehrheit der Kollegen der Eßlinger Verwaltungsstelle gelobt aufs neue, hinter dem jetzigen Vorstand und den übrigen Organen des Verbandes zu stehen, alles einzusetzen, damit den von der 14. Generalversammlung aufgestellten Richtlinien zum Siege verholfen wird.“ Die Anstellung eines weiteren Geschäftsführers wurde beschlossen, verschiedene andere Anträge angenommen.

Solingen. Eine außerordentliche Kreisversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tagte am Sonntag den 23. März im Lokal Schmidt, Mangenberg. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, gab Kollege Höffgen das Resultat der am 22. März stattgefundenen Abstimmung bekannt und verweist darauf, daß am Montag morgen die erweiterte Streikleitung zu der Situation Stellung nehmen würde. Beim ersten Punkt: Erhöhung des Lokalbeitrages, begründete Kollege Specht die Erhöhung und führt den Kollegen an der Hand von Material vor Augen, wie wir durch die Entwertung des Geldes zurückgekommen sind in unseren Leistungen. Aus allen diesen Gründen bittet er auch die Kollegen, bei der kommenden Urabstimmung alle für Regelung im Sinne des Hauptvorstandes zu stimmen. In der Ortsverwaltung ist beschlossen worden, die Erhöhung des Lokalzuschlags wie folgt festzusetzen: In der I. Klasse 1,70 *M*, II. Klasse 70 ₰ und in der III. Klasse 40 ₰; dazu kommen in jeder Klasse noch 10 ₰ für lokale Krankenfonds. Es würden dann die Beiträge betragen in der I. Klasse 4 *M*, II. Klasse 2 *M*, III. Klasse 1 *M*. Die Erhöhung des Lokalbeitrages ist dringend nötig, auch wird die Kassierung alle acht Tage von Vorteil sein. In der Diskussion sprechen sich alle Kollegen für die Erhöhung der Beiträge aus und wird der Antrag einstimmig angenommen. Den zweiten Punkt: Einführung des Vertretersystems, begründet kurz der Kollege Wieden. Durch das fortwährende Anschwellen unserer Mitgliederzahl ist es uns schon lange nicht mehr möglich, bei unseren Versammlungen die Mitglieder unterzubringen. Die Verwaltung schlägt nun vor, auf je 50 Mitglieder einen Vertreter zu entsenden. Wir haben dann eine Körperschaft von ungefähr 400 Kollegen, mit denen gearbeitet werden kann. Es ist dann ausgeschlossen, daß Zufallsmehrheiten entstehen. In anderen größeren Verwaltungsstellen sind diese Kreiskonferenzen bereits durchgeführt. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß bei größeren Bewegungen wie die augenblickliche, Mitgliederversammlungen nebenher einberufen werden können und müssen. Aber das Geschäftliche, das die Verwaltung alle Vierteljahr vorlegen muß, kann ruhig mit den Vertretern erledigt werden. Die Mitglieder haben dann in ihrer Gesamtheit Gelegenheit, zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Es wird praktisch sein, daß eine Kommission gewählt wird, die gemeinsam mit der Ortsverwaltung zu bestimmen hat, wie die Wahlen vorgenommen werden. Nach kurzer Diskussion wird der Antrag einstimmig angenommen und die Kommission gewählt.

Schraubendreher.

Berlin. Wohl noch nie hat man in der Metallarbeiter-Zeitung etwas von Schraubendreherei gehört. Unbedingt nötig ist es, hier einmal Aufklärung zu schaffen. Es muß die Aufgabe der Branchenkollegen sein, dafür zu sorgen, daß auch nicht ein einziger Jugendlicher mehr die Schraubendreherei erlernt und nötigenfalls, wenn Fälle bekannt werden, wo Lehrlinge bei drei- bis vierjähriger Ausbeutung die Schraubendreherei erlernen, sich mit den Eltern dieser jungen Leute in Verbindung setzen und sie rechtzeitig auf die Schäden aufmerksam machen. Die Schraubendreherei ist kein Handwerk, da diese Arbeiten größtenteils von Arbeiterinnen und automatischen Maschinen hergestellt werden. Die Arbeiten werden bei den Schraubendrehern nach Aussage der Unternehmer zu teuer und darum lassen sie die Schrauben, Muttern und Fassonteile von Arbeiterinnen oder an Automaten anfertigen. Schraubendreher gibt es nur noch da, wo größere und stärkere Arbeiten in Frage kommen, und auch nur dann, wenn es kleinere Posten sind. Bei größeren Posten gehen diese Arbeiten an die Automaten. Nur solche Unternehmer arbeiten ohne Arbeiterinnen und Automaten, die Kundenarbeit, das heißt kleine Mechanikerbuden zu versorgen haben oder auf saubere und präzise Arbeit Gewicht legen. Nun wird in den Schraubenfabriken neben der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft noch die Lehrlingszüchterei getrieben. Bis zu 20 Lehrlinge sind in den Betrieben vorhanden, welche das Schraubendrehen erlernen sollen. Diese jungen Leute sollen in drei bis vier Jahren als Automateneinrichter und Schraubendreher ausgebildet werden. Wenn diese Lehrlinge in Schraubenfabriken Werkzeugmacher oder Mechaniker lernen, wäre nichts dagegen einzuwenden. Da die Eltern der Lehrlinge das Wesen der Schraubendreherei nicht kennen, erfahren sie leider immer erst zu spät, daß ihr Kind das Schraubendrehen erlernt, ein Beruf, der nach drei bis vier Jahren Lehrzeit eine ganz [illegible] Existenz bietet. Die betreffenden Lehrlinge werden in den ersten anderthalb bis zwei Jahren größtenteils zu [illegible], wie [illegible], bohren, fräsen usw. verwendet. Sie werden also im [illegible] Grade ausgebeutet und finden so gewissermaßen als Arbeitsburschen mit einem Kostgeld von einigen Mark Verwendung. Die Branche ist mit angelernten Schraubendrehern und Schraubendreherinnen überfüllt, fehlt es an Automateneinrichtern, ist dieses durch Branchenbeschluß dahin geregelt, daß neu anzulernende Automateneinrichter aus den Reihen der Schraubendreher entnommen werden müssen. Hier muß durch Aufklärung Wandel geschaffen werden, nur dann sind wir in der Lage, in unserer Branche das Lehrlingsunwesen zu beseitigen und geordnete Verhältnisse zu schaffen.

M. Dortschack.

Rundschau

Gewerkschaftliches.

Lohn- oder Akkordarbeit im Töpfergewerbe? Im Töpferverband hat eine Urabstimmung über Lohn- oder Akkordarbeit stattgefunden. An der Abstimmung haben sich 8389 von den 10933 Verbandsmitgliedern beteiligt. Die Stimmen wurden nach den einzelnen Branchen gezählt. Das Ergebnis war bei den Ofensetzern 2319 für Lohn, 1152 für Akkord, bei den Ofenformern 1461 für Lohn, 463 für Akkord, bei den Steinzeugtöpfern 380 für Lohn, 101 für Akkord, bei den Geschirrtöpfern 624 für Lohn, 457 für Akkord. In allen Branchen ist also eine Mehrheit für die Lohnarbeit. Abgesehen von der letztgenannten Branche, ist sogar überall die Zweidrittelmehrheit erreicht, die nach einem Beschluß des letzten Verbandstages die Voraussetzung dafür bilden soll, daß der Verbandsvorstand sich bemüht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchführung der Lohnarbeit einzutreten.

Valuta, Revolution und Generalstreik.

Wer bisher noch geglaubt hat, unsere innerpolitische Lage, der Umfang unserer Produktion und die Streiks seien von ausschlaggebender Bedeutung für den Stand unserer Valuta, der muß jetzt endlich eines besseren belehrt sein. Wir erleben seit dem 13. März eine Revolution, die Deutschland in seinen Grundfesten erschüttert hat und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Unsere Produktion ist seitdem auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft. Wir hatten einen Generalstreik und es werden noch Wochen vergehen, bis wieder so intensiv und regelmäßig gearbeitet werden wird wie vor dem Putsch vom 13. März. Unsere Valuta aber ist von alledem nur wenig berührt worden, denn unsere Valuta hängt in erster Reihe von dem Stand der Reichsfinanzen ab. Dieser aber ist durch die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit wenig geändert worden. Wir vermehren nach wie vor unsere schwebenden Schulden täglich um über hundert Millionen Mark und wir decken nach wie vor unseren Reichsbedarf fast gar nicht durch Steuern und fast nur durch Pump, d. h. durch Kredite, die die Reichsbank dem Reiche gewährt. Wird unsere Regierung nun endlich erkennen, daß ein Steigen der Valuta nur durch eine Änderung der Reichsfinanzpolitik zu erzielen ist und daß wir dem vollständigen Zusammenbruch entgegeneilen, wenn nicht unverzüglich durch eine große Vermögensabgabe eine Sanierung unserer Finanzpolitik versucht wird?

Dr. R. Kuczynski.

Die Nachtarbeit.

Eine Arbeit von H. Goldstein im 5. Heft der Wiener Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Medizin bespricht die Resultate der Untersuchungen der Wirkung der Nachtarbeit auf den Gesundheitszustand des Menschen. Danach ist die längere Zeit fortgesetzte Nachtarbeit die Quelle empfindlicher gesundheitlicher Beeinträchtigung und vorzeitiger Erschöpfung. Selbst unter äußerlich günstigen Bedingungen ist die Nachtarbeit schädlich. Darum muß die Nachtarbeit unterbleiben und wenn sie unbedingt erforderlich ist, so hat die soziale Medizin die Arbeitsbedingungen festzusetzen, damit der Arbeiter nicht durch rein kapitalistische Arbeitsbedingungen zugrunde gerichtet wird.

Eingegangene Schriften

Sammlung elektro- und maschinentechnischer Abhandlungen. Frankfurt a. Main-West, Akademisch-Technischer Verlag Johann Hammel. 1919. Heft 4: **Das magnetische Drehfeld und seine praktische Anwendung.** Von Dipl.-Ing. **W. Dollinger.** Mit 85 Abbildungen. 20 Seiten. Preis 1,50 *M*. — Heft 5: **Materialprüfungswesen.** Von Ingenieur **Adolf Ottmann.** Mit 9 Abbildungen. 9 Seiten. Preis 1,50 *M*.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 17. April:

Schmölln, S.-A. Gold. Adler, 8 Uhr.

Sonntag, 18. April:

Belgard a. P. Schwarzer Adler, 2 Uhr.

Bochum (Vorarbeiter, Vorzeichner u. Monteure). Adler, Hettingerstr., 5.

Sonderburg. Gewerkschaftshaus.

Samstag, 24. April:

Dortmund (Elektromont. u. Ankerwickler). Merls, Körnerplatz, 8 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte

Dortmund. Dienstag, 20. April, abds. 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Angestellte gesucht.

Eberswalde. Kassierer gesucht. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Dauer der Organisationszugehörigkeit, Kenntnis der Kassengeschäfte und rednerische Betätigung erforderlich. Gehalt den Beschlüssen der Stuttgarter Generalversammlung. Mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 16. April an M. Schrodek, Schöpfurtherstraße 35. Antritt sofort.

Göttingen. Geschäftsführer zum 1. Mai. 5jährige Mitgliedschaft, Kenntnis der Verwaltungsarbeiten und rednerische Befähigung ist Bedingung. Bezirksleitergehalt. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert. Bewerbungen m. Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 25. April mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Max Schwarz, Gronerlandstr. 254.

Hamm i. W. Die in Nr. 11 ausgeschriebene Stelle als 1. Bevollmächtigter ist die Bewerbungsfrist bis 15. April verlängert worden.

Magdeburg. Weiterer Beamter gesucht. Tüchtige Kraft in Agitation, Organisation und schriftlichen Arbeiten. Voraussetzung: 5jähr. Mitgliedschaft. Bewerbung m. Angabe über Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und Tätigkeit in d. Arbeiterbewegung bis 20. April mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Bevollmächtigten **R. Kaulfers**, Gr. Münzstr. 3, 1.

Schwenningen. Die in Nr. 13 ausgeschriebene Stelle als weiterer Geschäftsführer ist die Bewerbungsfrist bis 16. April verlängert worden.

Gestorben.

Amberg. Wilhelm Unglaub, Schmied, 44 Jahre.
— Karl Schmidt, Masch.former, 17 J.

Augsburg. Josef Sinner, Dreher, 46 Jahre, Kehlkopfleiden.
— Johann Mattmann, Maschinenarbeiter, 57 Jahre, Magenleiden.
— Johann Mayer, Monteur, 58 J.

Bernburg. Heinrich Heine, Schmied, 60 Jahre, Lungenentzündung.

Nowawes-Potsdam. Paul Pinsler, Schlosser (227).

Für die Freiheit gefallen in den letzten Kämpfen

Naumburg. Karl Heinold, Hilfsarbeiter.
— Hermann Reinhardt, Schlosser.

Ehre Ihrem Andenken!

Sonstige Anzeigen

Former, 2 tüchtige, für Silberwaren sofort gesucht. Angebote mit Altersangabe und Lohnanspruch an **Th. Walther, Bretten in Baden** erbeten.

Meister zur Uebernahme einer Fabrikation, welche die Ausbildung als **Schlosser** voraussetzt, zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerber, nicht unter 32 Jahre alt, sollen tunlichst Werkmeisterschulbildung und Erfahrungen im Werkzeugbau besitzen. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnis-**Abschriften**, Lichtbild, Angabe des frühesten Eintrittstermins und der Gehaltsansprüche sind unter **C. M. 3891** an den Verlag dieses Blattes zu richten.

Metalldrücker, lediger, tüchtiger, sofort gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnis-**Abschriften** an **Carl Zeiß, Jena.**

Metalldrücker, auf Aluminiumkochgeschirre geübte, bei hohem Akkord und dauernder Beschäftigung gesucht. **Anton Eltinghaus, Beckum i. Westf.**

Werkzeugschlosser, im Schnitt und Stanzenbau bewandert, gesucht. **H. Nickel & Comp., Kassel,** Aluminiumwarenfabrik.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.